

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3167

Inhalt:

Deutschlands Sozialgesetzgebung. — Gewerbegericht und Gemeindearbeiter. — Sommerferien. — Wir machen das so! — Unser Verbandsprogramm vor dem Karlsruher Bürgerausschuß. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Eingegangene Bücher und Schriften. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Deutschlands Sozialgesetzgebung.

Nachdem bereits in Nr. 19 der „Gewerkschaft“ die Rechte der Arbeiter aus der Krankenversicherung in Umrissen gekennzeichnet wurden, lassen wir nachstehend die wichtigsten Bestimmungen bezügl. der Organisationsform und Leistungen der deutschen Sozialgesetzgebung folgen. Gerade angesichts der geplanten „Reformen“ wird es zweckmäßig sein, sich mit den bestehenden Einrichtungen möglichst vertraut zu machen, um so die geplanten Abänderungen auf ihren Wert oder Unwert besser beurteilen zu können.

1. Krankenversicherung.

In Deutschland haben wir auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens verschiedene Kassenarten zu verzeichnen. Es kommen da in Betracht: Orts-, Betriebs-, (Fabrik), Bau-, Zünfte-, Anapsschafts- und Gemeindefassen sowie die freien Hilfskassen. Die wünschenswerteste Kassenform ist die der Ortskasse, zumal hier die volle Selbstverwaltung durch die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Betracht kommt. Die ersteren zahlen $\frac{2}{3}$ der Beiträge und sind somit auch zu $\frac{2}{3}$ in der Generalversammlung und im Vorstande vertreten, die letzteren zahlen $\frac{1}{3}$ der Beiträge und sind mit einem Drittel vertreten. Bei den Betriebskassen kann durch das Kassenstatut dem Betriebsunternehmer oder einem Vertreter desselben der Vorsitz im Vorstande und in der Generalversammlung übertragen werden; ferner ist die Rechnungs- und Kassenführung unter Verantwortlichkeit und auf Kosten des Betriebsunternehmers durch einen von demselben zu bestellenden Rechnungs- und Kassensführer wahrzunehmen. Die Beitragsleistung ist dieselbe wie bei der Ortskasse. Betriebe mit 50 oder mehr Versicherungspflichtigen können Betriebskassen errichten.

Bei den Baukrankenkassen kann sich der Unternehmer ebenfalls den Vorsitz sichern und den Rechnungsführer bestellen. Bei den Zünftekassen kann die Kassenverwaltung ausschließlich den Gesellen (Gehilfen) und Arbeitern übertragen werden; oder es kann beschlossen werden, daß der Vorsitzende sowie die Hälfte der Mitglieder des Vorstandes von der Zunft bestellt werden, falls die Zunftmitglieder die Hälfte der Beiträge zahlen. Die Anapsschaftskassen sind den Betriebskassen gleichgestellt, bei den Gemeindefrankenkassen sind die Arbeiter von der Verwaltung gänzlich ausgeschlossen, denn

diese Kassen sind nur kommunale Einrichtungen, die von den Gemeinden verwaltet werden. Die von den Arbeitern errichteten freien Hilfskassen werden nur von diesen selbst resp. deren Angestellten verwaltet.

Nach § 37 des Krankenversicherungsgesetzes besteht die Generalversammlung (bei den Orts- sowie auch bei den Betriebskassen) nach Bestimmung des Statuts entweder aus sämtlichen Kassenmitgliedern, welche großjährig (21 Jahre alt) und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, oder aus Vertretern, welche von den Kassenmitgliedern aus ihrer Mitte gewählt werden. Die Generalversammlung muß aus Vertretern bestehen, wenn die Kasse 500 oder mehr Mitglieder zählt. Besteht die Generalversammlung aus Vertretern, so sind diese in geheimer Wahl unter Leitung des Vorstandes zu wählen. Alle weiteren Vorschriften über die Wahl der Vertreter, die Wahlperiode und die Vornahme der Wahlen hat das Statut zu geben. Die Wahlen zum Vorstand sind ebenfalls geheim und werden getrennt von Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorgenommen. Vorschriften über die Zahl der Vorstandsmitglieder und die Wahlperiode hat das Kassenstatut zu treffen.

Da der Ausfall der Wahlen in der Krankenversicherung für alle anderen Wahlen in der Arbeiterversicherung von ausschlaggebender Bedeutung ist, so werden alle großjährigen Arbeiter und Arbeiterinnen es als ihre Pflicht betrachten müssen, überall für die Wahl tüchtiger Krankenkassenvertreter resp. Vorstandsmitglieder einzutreten. Die Krankenkassenvorstände treten nämlich alle 5 Jahre zusammen und wählen die Vertreter zur unteren Verwaltungsbehörde. Als untere Verwaltungsbehörde gilt in den Städten mit über 10 000 Einwohnern in Preußen der Magistrat resp. das Bürgermeisteramt, im übrigen der Landrat, in den anderen Bundesstaaten kommen neben dem Magistrat und Landrat die Amtshauptmannschaften, Kreisdirektionen usw. in Betracht. Den Mitgliedern der unteren Verwaltungsbehörde liegen sehr wichtige Funktionen ob, u. a. werden sie zur Beauftragung bei Bewilligungen und Entziehungen von Invalidenrenten hinzugezogen, dann aber haben sie die Wahl der Ausschussmitglieder zu den Landesversicherungsanstalten vorzunehmen. Die Landesversicherungsanstalten werden von einem Vorstande geleitet, dem wieder ein Ausschuss (zur Hälfte aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern bestehend) übersteht. Die Ausschussmitglieder wählen nun wieder die Laienbeisitzer zum Vorstande. Der Vorstand hat außer den Rentenbewilligungen usw. auch über die Uebernahme des Seilverfahrens zu befinden und der Ausschuss hat alljährlich die Mittel für die Uebernahme des Seilverfahrens mit zu bewilligen. Die Ausschussmitglieder wählen nun ihrerseits wieder die Beisitzer für die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und diejenigen Arbeitervertreter, die von den Berufsvereinigungen bei Festlegung der Unfallverhütungsvorschriften heranzuziehen

sind. Zum Schluß fungieren auch noch beim Reichsversicherungsamt in Berlin sowie bei den Landesversicherungsämtern Arbeitnehmer und Arbeitgebervertreter. Diese werden von den Schiedsgerichtsbeisitzern gewählt. Wählbar sind überall volljährige Personen. Für die Rechtssprechung ist es von eminenter Bedeutung, wenn mit der Materie durchaus vertraute, tüchtige Vertreter in Betracht kommen. Da die Krankenkassenmitglieder bei den genannten Wahlen gewissermaßen nur die Urwähler bilden, dürfte kein Versicherter den Krankenkassenwahlen fernbleiben.

Aber auch für die Ausgestaltung des Statuts und die Leistungen bei den Krankenkassen haben wir die Wahl tüchtiger Generalversammlungsvertreter resp. Vorstandsmitglieder ins Auge zu fassen. Die Krankenkassen müssen gewähren 1. vom Beginne der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung und Arznei, sowie Brillen, Fruchtbänder und ähnliche Heilmittel; 2. im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe der Hälfte des den Beiträgen zugrunde liegenden Tagelohnes, bei den Gemeindefassen der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Lohnarbeiter oder an Stelle dieser Leistungen freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus nebst der Hälfte des vorbezeichneten Krankengeldes für Angehörige; ferner bei den Zwangskassen (nicht aber bei den Gemeindefassen) ein Sterbegeld im zwanzigfachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes und für Wöchnerinnen eine sechswöchentliche Krankenunterstützung. Sofern ledige Wöchnerinnen in Betracht kommen, können die Kassen, wenn ihnen der Vater des Kindes namhaft gemacht wird (wozu die Wöchnerin aber durchaus nicht verpflichtet ist), von diesem die Erstattung der Wöchnerinnenunterstützung beanspruchen. Die Krankenkassen können auch höhere Leistungen einführen und zwar kann die Krankenunterstützung bis zu einem Jahre, die Wöchnerinnenunterstützung einschließlich der durch die Schwangerschaft vorher verursachten Erwerbsunfähigkeit insgesamt bis zu zwölf Wochen ausgedehnt werden. Das Krankengeld kann statt der Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes dreiviertel desselben betragen, das Sterbegeld kann vom zwanzigfachen bis zum vierzigfachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes erhöht werden. Für die Angehörigen der im Krankenhaus Untergebrachten kann die Unterstützung bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes erhöht werden. Den unverheirateten Mitgliedern kann man bei Krankenhausaufnahme neben freier Kur und Verpflegung bis zu einem Viertel des durchschnittlichen Tagelohnes auch dann bewilligen, wenn sie den Unterhalt von Angehörigen nicht aus ihrem Lohn bestreiten. Endlich kann auch das Krankengeld für die ersten drei Krankentage sowie für Sonn- und Feiertage gezahlt werden, ferner ist die Ausdehnung der Krankenfürsorge und Zahlung von Sterbegeld auch auf Familienangehörige und Konvalleszenten zulässig.

Das Recht auf die gesetzlichen Unterstützungen beginnt bei den Zwangskassen mit dem Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung. Drei Wochen nach dem Ausscheiden aus den Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungskassen haben die Mitglieder, sofern sie vorher drei Wochen ununterbrochen Mitglied einer Kasse waren und arbeitslos bleiben, noch Ansprüche auf die gesetzlichen Mindestleistungen an die Kasse. Um sich auch die eventl. eingeführten statistischen höheren Leistungen zu sichern, ist dem Arbeitslosen die Weiterversicherung zu empfehlen. Solange der Arbeitslose sich im Gebiete des Deutschen Reiches aufhält, kann er freiwilliges Mitglied bleiben. Er muß sich als solches nur innerhalb einer Woche nach dem Ausscheiden aus der Arbeit beim Klassenvorstande melden, dann die vollen Beiträge allein zahlen und damit bei Verlust der Mitgliedschaft nicht an zwei aufeinander folgenden Zahlungsterminen im Rückstande bleiben.

Gewerbegericht und Gemeindearbeiter.

Einen beachtenswerten Gewerbegerichtsentcheid für unsere Kollegen bringt die letzte Nummer des „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“. Die Frage lautete: Ist das Gewerbegericht zuständig für die Klage eines bei der städtischen Kanalisation beschäftigten Arbeiters gegen die Stadtverwaltung? (GGG, §§ 1–3. Urteil des Kreis-GG, Moers vom 12. Februar 1908.) Das GG. hat sich für zuständig erklärt. — Aus den Gründen: Nach § 1 des GGG. sollen die Gewerbegerichte entscheiden bei gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitern einerseits und ihren Arbeitgebern andererseits. Es wird gemeinhin hieraus geschlossen, daß die allgemeine Voraussetzung für die Anwendung der Bestimmungen des GGG. das Vorliegen eines Gewerbebetriebes bilde, und weiter wird dann der Begriff des Gewerbebetriebes dahin definiert, daß damit die Erzielung eines Gewinnes, eines Erwerbes beabsichtigt sein müsse. Auf Grund dieser Auffassung ist man mehrfach dazu gekommen, die Arbeiter in solchen städtischen Betrieben, die nicht hauptsächlich dem Erwerb dienen, z. B. Kanalisation, Wasserversorgung usw., als nicht den Bestimmungen des GGG. unterstehend zu betrachten. (Vergl. Urteile des GG. Berlin vom 7. 6. 91, Stettin vom 21. 6. 01, Hamburg vom 9. 10. 05 und des VG. Hamburg vom 5. 12. 05. Auch Durdardt und Brenner sprechen sich in diesem Sinne aus.) — Andere Gerichte sind zu anderen Resultaten gekommen; so hat sich z. B. das GG. Kiel in seinem Erkenntnis vom 23. 9. 03 in eingehender, zutreffender Begründung für die Zuständigkeit der GG. bei Streitigkeiten der Arbeiter in städtischen oder staatlichen Betrieben mit ihren Arbeitgebern ausgesprochen, ohne Rücksicht darauf, ob diese Betriebe dem Erwerb oder lediglich öffentlichen Interessen dienen; ebenso das VG. Hamburg in seinem Beschluß vom 31. 10. 05 und das VG. zu Frankfurt a. M. in seinem Urteil vom 27. 9. 09. — Das hiesige GG. hat sich den letzteren Urteilen vertretener Ansichten angeschlossen. Es hat den Ausdruck „gewerbliche Streitigkeiten“ im § 1 des GGG. dahin aufgefaßt, daß damit diejenigen Streitigkeiten bezeichnet werden sollen, die aus der jeweiligen Erwerbstätigkeit des Arbeiters herrühren, im Gegensatz zu solchen anderer zivilrechtlicher Natur, z. B. aus Pacht oder Miete, Darlehn, Kauf und dergl. Daß diese Erwerbstätigkeit unbedingt in einem Gewerbebetrieb, also in einem auf Erzielung von Gewinn gerichteten Betrieb stattfinden müsse, hat das Gericht aus den gesetzlichen Bestimmungen nicht folgern können. Es würde sich sonst das sonderbare Resultat ergeben, daß der Arbeiter der städtischen Gasanstalt dem GG. unterliege, sein Kollege von der Kanalisation aber nicht, obwohl beide bei demselben Arbeitgeber unter den gleichen Bedingungen ihre Tätigkeit ausüben! Ein solcher Unterschied wird dem Arbeiter niemals klar zu machen sein, besonders dann nicht, wenn es einmal den gleichen Arbeiter betrifft, der etwa aus dem einen Zweig der städtischen Verwaltung in einen anderen übertritt. Wenn alle diejenigen staatlichen oder kommunalen wirtschaftlichen Unternehmungen, die nur zur Förderung öffentlicher Interessen, aber nicht zur Gewinnerzielung bestimmt sind, der Rechtsprechung der GG. entzogen werden sollten, so wäre die Bestimmung des § 81 des GGG. überflüssig, welche die Arbeiter der unter der Militär- oder Marineverwaltung stehenden Betriebsanlagen von der Anwendung des GGG. ausschließt; denn diese wären dann ja ohnehin ausgeschlossen, weil die betr. Betriebe nicht auf Erwerb hin arbeiten. — Bevor die Stadt die Kanalisation eingeführt hatte, war die Fortschaffung der Fäkalien usw. einem Unternehmer gegen Bezahlung übertragen und stellte sich als ein Gewerbebetrieb dar, wobei es unerheblich blieb, ob dieser Unternehmer einen Gewinn erzielte oder mit Schaden arbeitete. Die beklagte Verwaltung bei diesem Unternehmen lediglich fortgesetzt; nur die technischen Einrichtungen sind andere geworden. Sie läßt sich für ihre bezügl. Tätigkeit ebenfalls bezahlen, indem sie von den angeschlossenen Hausbesitzern Gebühren erhebt. Wenn diese die Aufwendungen nicht decken, so ist dies für die Beurteilung der Zuständigkeit des GG. ohne Belang, denn auch ein privater Gewerbebetrieb, der mit Unterbilanz arbeitet, bleibt deshalb doch bei Streitigkeiten mit seinen Arbeitern der Rechtsprechung der GG. unterstellt. Es ist auch nicht ersichtlich, daß der Gesetzgeber irgendeinen Grund gehabt haben könnte, den Arbeiter dann, wenn sein Arbeitgeber einen Gewinn aus seinem Gewerbe nicht beabsichtigt oder erzielt, von den Vorteilen des gewerbegerichtlichen Verfahrens auszuschließen, während er derselben teilhaftig wird, sobald derselbe Arbeitgeber Heberschiffe ertreibt oder doch erzielt. Für den Arbeiter ist dieses Moment völlig gleichgültig; er muß hier wie dort für

seinen Lebensunterhalt arbeiten, und es würde eine durch nichts zu rechtfertigende Härte bedeuten, ihn diese Unterschiede insofern entgelten zu lassen, daß man ihn in dem einen Falle dem GG. unterstellt, im anderen an die ordentlichen Gerichte verweist. Aus den Verhandlungen des Reichstages geht aber auch hervor, daß der Gesetzgeber diese Abicht nicht gehabt hat. Das Bestreben der Regierungsvorlage, möglichst viele unter öffentlicher Verwaltung stehende Betriebsarten der Zuständigkeit der GG. zu entziehen, ist beim Reichstag stets auf starken Widerstand gestoßen, und es sind schließlich nur, abgesehen von solchen Betrieben, die ohnehin schon ausgeschieden waren, die Betriebsanlagen der Militär- und Marineverwaltung übrig geblieben, was sich aus Gründen politischer und disziplinarer Natur erklären läßt. — Wenn einerseits die GG. als Sondergerichte es vermeiden sollten, die ihrer Zuständigkeit gesteckten Grenzen zu erweitern, so haben sie doch noch viel weniger Veranlassung, diese Grenzen zu verengern. Das Gericht glaubte demgemäß der Abicht des Gesetzes zu entsprechen, wenn es sich für zuständig erklärte.

Wir können den vorstehenden Gründen nur voll und ganz beipflichten und möchten nur wünschen, daß über kurz oder lang eine reichsgesetzliche Verfügung herauskommt, die sämtliche kommunalbetriebene unter die Gewerbeordnung stellt, damit der bestehende Rechtsunsicherheit endlich ein Ziel gesetzt wird.

Sommerferien.

Die „Reisezeit“ hat begonnen. Die Spalten der Tagespresse sind angefüllt mit Empfehlungen von Sommerfrischen, Seebädern usw., auf den Bahnhöfen herrscht ein geschäftiges Treiben und alle Züge sind überfüllt. Die zahlungsfähige Gesellschaft, die „oberen Zehntausend“, müssen sich erholen von den Strapazen der vergangenen Winterferien mit ihren Wägen und sonstigen Zerstreutungen. Aber auch wer es nur immer ermöglichen kann, vom Beamten bis zum Geschäftsmann, der zieht hinaus mit Mund und Kegel in die Sommerfrische, um seine Gesundheit zu stärken, um sich widerstandsfähig zu erhalten im Kampfe ums Dasein.

Wohl vergehnsacht haben sich die Sommerfrischen, die Lustkurorte, und jedes halbwegs idyllisch gelegene Dorf ist zum Sommeraufenthalt des Großstädtlers geworden. Denn der Wert einer Ruhe und Erholungszeit von einigen Wochen wird immer mehr erkannt.

Nur eine Klasse der Bevölkerung ist, abgesehen von einer winzigen Minderheit, von den Ferientreffen und dem Sommeraufenthalt noch größtenteils ausgeschlossen: Die Lohnarbeiter, dazu gehören auch die städtischen Arbeiter.

Allerdings ist uns bekannt, daß zurzeit etwa achtzig deutsche Gemeinden „ihren“ Arbeitern Sommerurlaub gewähren. Aber einmal erhalten in diesen Städten nicht alle Arbeiter diesen Urlaub und dann ist die Dauer desselben ganz und gar unzureichend. Hinzu kommt noch, daß dieser Urlaub überall als eine „Wohltat“ betrachtet wird, auf die die Arbeiter nicht den geringsten Anspruch haben.

Wir wissen freilich, wie die Dauer des Urlaubs oftmals ganz von der mehr oder minder guten Laune des Vorgesetzten abhängt. Und so kommt es, daß nicht einmal in einem Refektor, das sich in mehrere Betriebe teilt, eine einheitliche Handhabung der Urlaubsgewährung zu finden ist.

Es ist schon bald ein Dohn auf die an sich gute Sache, wenn nach fünfjähriger Dienstzeit der Arbeiter einen ganzen Tag Urlaub erhalten kann. Wie es in Dresden, der „modernen Fremdenstadt“, der Fall ist. Dabei verfährt man so peinlich genau, daß wer im Mai noch nicht fünf Jahre, oder 200 Wochen, voll hat, in diesem Jahre diesen einen Tag noch nicht erhalten kann!

Und dabei kostet der gewährte Urlaub der Stadtgemeinde in Wirklichkeit nichts, denn Ersatzkräfte werden nicht eingestellt, die Zurückbleibenden müssen für den Verlusten mitarbeiten.

Aber auch die übrigen städtischen Arbeiter, welche das „Glück“ haben sechs Tage Urlaub zu „erhalten“ in Dresden sind diese recht dünn gesät, können diesen Urlaub zu einer wirklichen Erholung nicht voll ausnutzen. Die Mittel fehlen ihnen nur zu oft dazu.

Der Lohn, den das Gros der städtischen Arbeiter bezieht, will kaum zur Verrückung der unumgänglich nötigen täglichen Bedürfnisse ausreichen, an den Luxus einer Ferientour, oder gar eines Landaufenthaltes ist so leicht nicht zu denken. Und doch hat der moderne Arbeiter es dringend notwendig, einmal auszuatmen, einmal aus der Vertikale herauszukommen, einmal ganz Mensch zu sein, frei von körperlichen Anstrengungen.

Der Tag für Tag, jahraus, jahrein, ja sein ganzes Leben hindurch ohne Abwechslung und längere Erholung immer in Abhängigkeit arbeiten muß, der wird mit der Zeit seelisch krank, wenn er auch scheinbar körperlich gesund bleibt. Das Leben wird ihm zur Last. Diese Arbeit und dieses Leben wenigstens einmal im Jahr zu unterbrechen, auf eine Zeit einmal ganz Mensch zu sein, das würde Sonnenschein für das düstre Leben der meisten Arbeiter bedeuten.

In der allgemeinen Einführung von Sommerferien und der Schaffung der Möglichkeit, die Ferien auch zu einer wirklichen geistigen und körperlichen Erholung und Erfrischung zu benutzen, liegt ein sozialpolitisches Problem von großer Wichtigkeit.

Hier ist noch ein weites Feld zu bearbeiten zur Hebung der Lage der Arbeiterkaste. Neben der Verkürzung der Arbeitszeit, und der Erhöhung der Löhne, muß dahin gearbeitet werden, daß auch die Arbeiter in die Ferien reisen können.

Die Möglichkeit dazu besteht, und Anfänge, wenn auch recht bescheidene, sind ja gemacht. Sie müssen ausgebaut, vervollständigt werden. Die Ferien gewährenden Städte sind meist auf halbem Wege stehen geblieben, indem man diese Einrichtung als Wohltat betrachtet, den Arbeitern keinen Anspruch darauf gewährt. Das Privatunternehmertum hat in dieser Frage den Städten den Rang abgelaufen. Im deutschen Brauereigewerbe, in Handel- und Transportbetrieben bildet die Feriengewährung einen Teil des Tarifvertrages. Die Arbeiter haben somit ein vertragsmäßiges Recht auf Urlaub. Auch sind dort die Bestimmungen zur Gewährung von Urlaub nicht im entferntesten so kleinlich und skatistisch, als wie bei der Mehrzahl der Städte.

Freilich, in diesen genannten Verufen ist eine starke Organisation vorhanden, mit welcher sich die Arbeiter diese günstige Position erkämpft haben. Auch die Stadtverwaltungen werden sich aus freier Entschiedenheit zu einer Erweiterung des bestehenden Sommerurlaubes nicht verstehen. Es wird auch den Gemeinde- und Staatsarbeitern nichts anderes übrig bleiben, als sich durch Stärkung der Organisation einen annehmbaren Sommerurlaub zu erkämpfen. R. P.

Wir machen das so!

Der Herrenstandpunkt hat der Hamburgischen Staatsverwaltung neuerdings in einem Falle eine empfindliche Schlappe eingebracht. Entlassene Maiarbeiter klagten gegen die Malverwaltung und erstritten ein obliegendes Urteil. Dieses lautet:

Der Hamburgische Staat, vertreten durch die Deputation für Handel und Schifffahrt, wird kostenpflichtig vorläufig vollstreckbar verurteilt, in den von ihm über die Kläger ausgestellten Zeugnissen eine Ergänzung dahin vorzunehmen, daß die Tatsache angeführt wird, welche die Entlassung der Kläger veranlaßt hat. Durch Hinterlegung von 300 Mk. kann die Zwangsvollstreckung abgewendet werden.

Klärer waren die Maiarbeiter Schleiß und Groth. Beide wurden im Mai 1907 entlassen, und zwar aus dem Grunde, weil sie im Auftrage der Arbeiterschaft am Staatsfest eine Vohneingabe an die Deputation für Handel und Schifffahrt richteten. Damit sollten sie gegen die „Dienstordnung“ verstoßen haben. Die Gemeindefregellen verlangten unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches ein Führungszeugnis. Dasselbe lautete nun so:

„Leistungen waren befriedigend; Führung gut, bis auf den Fall, der zu seiner Entlassung führte.“

So, da hatten die Gemeindefregellen ein „Zeugnis“. Eine wackere und wirkliche Verurteilung. Denn jedermann, dem dieses „Zeugnis“ vorgezeigt, aber die diesem zugrunde liegenden Vorgänge unbekannt waren, hätte in erster Linie auf den Gedanken kommen müssen, die Inhaber seien wegen grober Pflichtverletzung, wohl gar ehrenrühriger Handlungen, welche aus Nachsicht nur angebeutet, entlassen worden. Arbeiter, gegen die solche Vermutungen aufkommen, wird natürlich niemand einstellen. Daher mußten die Gemeindefregellen ein anderes Zeugnis verlangen.

Abgesehen aber von diesem besonderen Fall: der Maiverwaltung mußte gezeigt werden, daß sie Arbeitern gegenüber denn doch nicht in allem nach Belieben handeln kann. Willfür lassen sich organisierte Arbeiter prinzipiell nicht stillschweigend gefallen.

Die Klage forderte Ausfertigung eines neuen Zeugnisses, in dem die Worte „bis auf den Fall, der zu seiner Entlassung führte“, nicht mit enthalten seien. Diese Klage wurde in allen Instanzen abgewiesen mit der Begründung, das den Gegenstand der Klage bildende Zeugnis enthalte nichts tatsächlich Unrichtiges, sei auch

sind. Zum Schluß fungieren auch noch beim Reichsversicherungsamt in Berlin sowie bei den Landesversicherungsämtern Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter. Diese werden von den Schiedsgerichtsbeisitzern gewählt. Wählbar sind überall volljährige Personen. Für die Rechtspflege ist es von eminenter Bedeutung, wenn mit der Materie durchaus vertraute, tüchtige Vertreter in Betracht kommen. Da die Krankenkassenmitglieder bei den genannten Wahlen gewissermaßen nur die Wähler bilden, dürfte kein Versicherter den Krankenkassenwahlen fernbleiben.

Aber auch für die Ausgestaltung des Statuts und die Leistungen bei den Krankenkassen haben wir die Wahl tüchtiger Generalversammlungsvertreter resp. Vorstandsmitglieder ins Auge zu fassen. Die Krankenkassen müssen gewähren 1. vom Beginne der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung und Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel; 2. im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe der Hälfte des den Beiträgen zugrunde liegenden Tagelohnes, bei den Gemeindekassen der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Lohnarbeiter oder an Stelle dieser Leistungen freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus nebst der Hälfte des vorbezeichneten Krankengeldes für Angehörige; ferner bei den Zwangskassen (nicht aber bei den Gemeindekassen) ein Sterbegeld im zwanzigfachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes und für Wöchnerinnen eine sechswöchentliche Krankenunterstützung. Sofern ledige Wöchnerinnen in Betracht kommen, können die Kassen, wenn ihnen der Vater des Kindes namhaft gemacht wird (wozu die Wöchnerin aber durchaus nicht verpflichtet ist), von diesem die Erstattung der Wöchnerinnenunterstützung beanspruchen. Die Krankenkassen können auch höhere Leistungen einführen und zwar kann die Krankenunterstützung bis zu einem Jahre, die Wöchnerinnenunterstützung einschließlich der durch die Schwangerschaft vorher verursachten Erwerbsunfähigkeit insgesamt bis zu zwölf Wochen ausgedehnt werden. Das Krankengeld kann statt der Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes dreiviertel desselben betragen, das Sterbegeld kann vom zwanzigfachen bis zum vierzigfachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes erhöht werden. Für die Angehörigen der im Krankenhaus Untergebrachten kann die Unterstützung bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes erhöht werden. Den unverheirateten Mitgliedern kann man bei Krankenhausaufnahme neben freier Kur und Verpflegung bis zu einem Viertel des durchschnittlichen Tagelohnes auch dann bewilligen, wenn sie den Unterhalt von Angehörigen nicht aus ihrem Lohn bestreiten. Endlich kann auch das Krankengeld für die ersten drei Krankentage sowie für Sonn- und Feiertage gezahlt werden, ferner ist die Ausdehnung der Krankenfürsorge und Zahlung von Sterbegeld auch auf Familienangehörige und Konvaleszenten zulässig.

Das Recht auf die gesetzlichen Unterstützungen beginnt bei den Zwangskassen mit dem Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung. Drei Wochen nach dem Ausscheiden aus den Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungskassen haben die Mitglieder, sofern sie vorher drei Wochen ununterbrochen Mitglied einer Kasse waren und arbeitslos bleiben, noch Ansprüche auf die gesetzlichen Mindestleistungen an die Kasse. Um sich auch die eventl. eingeführten statutarischen höheren Leistungen zu sichern, ist dem Arbeitslosen die Weiterversicherung zu empfehlen. Solange der Arbeitslose sich im Gebiete des Deutschen Reiches aufhält, kann er freiwilliges Mitglied bleiben. Er muß sich als solches nur innerhalb einer Woche nach dem Ausscheiden aus der Arbeit beim Kassenvorstande melden, dann die vollen Beiträge allein zahlen und damit bei Verlust der Mitgliedschaft nicht an zwei aufeinander folgenden Zahlungsterminen im Rückstande bleiben.

Gewerbegericht und Gemeindearbeiter.

Einen beachtenswerten Gewerbegerichtsentcheid für unsere Kollegen bringt die letzte Nummer des „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“. Die Frage lautete: Ist das Gewerbegericht zuständig für die Klage eines bei der städtischen Kanalisation beschäftigten Arbeiters gegen die Stadtverwaltung? (GGG. §§ 1–3. Urteil des Kreis-GGG. Moers vom 12. Februar 1908.) Das GGG. hat sich für zuständig erklärt. — Aus den Gründen: Nach § 1 des GGG. sollen die Gewerbegerichte entscheiden bei gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitern einerseits und ihren Arbeitgebern andererseits. Es wird gemeinhin hieraus geschlossen, daß die allgemeine Voraussetzung für die Anwendung der Bestimmungen des GGG. das Vorliegen eines Gewerbebetriebes bilde, und weiter wird dann der Begriff des Gewerbebetriebes dahin definiert, daß damit die Erzielung eines Gewinnes, eines Erwerbes beabsichtigt sein müsse. Auf Grund dieser Auffassung ist man mehrfach dazu gekommen, die Arbeiter in solchen städtischen Betrieben, die nicht hauptsächlich dem Erwerb dienen, z. B. Kanalisation, Wasserversorgung usw., als nicht den Bestimmungen des GGG. unterstehend zu betrachten. (Vergl. Urteile des GGG. Berlin vom 7. 6. 04, Steintin vom 21. 6. 01, Hamburg vom 9. 10. 05 und des LG. Hamburg vom 5. 12. 05. Auch Burchardt und Brenner sprechen sich in diesem Sinne aus.) — Andere Gerichte sind zu anderen Resultaten gekommen; so hat sich z. B. das GGG. Kiel in seinem Erkenntnis vom 23. 9. 03 in eingehender, zutreffender Begründung für die Zuständigkeit der GGG. bei Streitigkeiten der Arbeiter in städtischen oder staatlichen Betrieben mit ihren Arbeitgebern ausgesprochen, ohne Rücksicht darauf, ob diese Betriebe dem Erwerb oder lediglich öffentlichen Interessen dienen; ebenso das AG. Hamburg in seinem Beschluß vom 31. 10. 05 und das LG. zu Frankfurt a. M. in seinem Urteil vom 27. 9. 09. — Das hiesige GGG. hat sich den in letzteren Urteilen vertretenen Ansichten angeschlossen. Es hat den Ausdruck „gewerbliche Streitigkeiten“ im § 1 des GGG. dahin aufgefaßt, daß damit diejenigen Streitigkeiten bezeichnet werden sollen, die aus der jeweiligen Erwerbstätigkeit des Arbeiters berühren, im Gegensatz zu solchen anderer zivilrechtlicher Natur, z. B. aus Pacht oder Miete, Darlehn, Kauf und dergl. Daß diese Erwerbstätigkeit unbedingt in einem Gewerbebetrieb, also in einem auf Erzielung von Gewinn gerichteten Betrieb stattfinden müsse, hat das Gericht aus den gesetzlichen Bestimmungen nicht folgern können. Es würde sich sonst das sonderbare Resultat ergeben, daß der Arbeiter der städtischen Gasanstalt dem GGG. unterstünde, sein Kollege von der Kanalisation aber nicht, obgleich beide bei demselben Arbeitgeber unter den gleichen Bedingungen ihre Tätigkeit ausüben! Ein solcher Unterschied wird dem Arbeiter niemals klar zu machen sein, besonders dann nicht, wenn es einmal den gleichen Arbeiter betrifft, der etwa aus dem einen Zweig der städtischen Verwaltung in einen anderen übertritt. Wenn alle diejenigen staatlichen oder kommunalen wirtschaftlichen Unternehmungen, die nur zur Förderung öffentlicher Interessen, aber nicht zur Gewinnerzielung bestimmt sind, der Rechtspflege der GGG. entzogen werden sollten, so wäre die Bestimmung des § 81 des GGG., welche die Arbeiter der unter der Militär- oder Marineverwaltung stehenden Betriebsanlagen von der Anwendung des GGG. ausschließt; denn diese wären dann ja ohnehin ausgeschlossen, weil die betr. Betriebe nicht auf Erwerb hin arbeiten. — Bevor die Stadt die Kanalisation eingeführt hatte, war die Fortschaffung der Fäkalien usw. einem Unternehmer gegen Bezahlung übertragen und stellte sich als ein Gewerbebetrieb dar, wobei es unerheblich blieb, ob dieser Unternehmer einen Gewinn erzielte oder mit Schäden arbeitete. Die beflagte Verwaltung hat dieses Unternehmen lediglich fortgesetzt; nur die technischen Einrichtungen sind andere geworden. Sie läßt sich für ihre bezügl. Tätigkeit ebenfalls bezahlen, indem sie von den angeschlossenen Hausbesitzern Gebühren erhebt. Wenn diese die Aufwendungen nicht decken, so ist dies für die Beurteilung der Zuständigkeit des GGG. ohne Belang, denn auch ein privater Gewerbebetrieb, der mit Unterbilanz arbeitet, bleibt deshalb doch bei Streitigkeiten mit seinen Arbeitern der Rechtspflege der GGG. unterstellt. Es ist auch nicht ersichtlich, daß der Gesetzgeber irgendeinen Grund gehabt haben könnte, den Arbeiter dann, wenn sein Arbeitgeber einen Gewinn aus seinem Gewerbe nicht beabsichtigt oder erzielt, von den Vorteilen des gewerbegerichtlichen Verfahrens auszuschließen, während er derselben teilhaftig wird, sobald derselbe Arbeitgeber Heberschüsse erstrebt oder doch erzielt. Für den Arbeiter ist dieses Moment völlig gleichgültig; er muß hier wie dort für

seinen Lebensunterhalt arbeiten, und es würde eine durch nichts zu rechtfertigende Härte bedeuten, ihn diese Unterschiede insofern entgelten zu lassen, daß man ihn in dem einen Falle dem G.G. unterstellt, im anderen an die ordentlichen Gerichte verweist. Aus den Verhandlungen des Reichstages geht aber auch hervor, daß der Gesetzgeber diese Absicht nicht gehabt hat. Das Bestreben der Regierungsvorlage, möglichst viele unter öffentlicher Verwaltung stehende Betriebsarten der Zuständigkeit der G.G. zu entziehen, ist beim Reichstag stets auf starken Widerstand gestoßen, und es sind schließlich nur, abgesehen von solchen Betrieben, die ohnehin schon ausgeschlossen waren, die Betriebsanlagen der Militär- und Marineverwaltung übrig geblieben, was sich aus Gründen politischer und disziplinarer Natur erklären läßt. — Wenn einerseits die G.G. als Sondergerichte es vermeiden sollen, die ihrer Zuständigkeit gesteckten Grenzen zu erweitern, so haben sie doch noch viel weniger Veranlassung, diese Grenzen zu verengern. Das Gericht glaubte demgemäß der Absicht des Gesetzes zu entsprechen, wenn es sich für zuständig erklärte.

Wir können den vorstehenden Gründen nur voll und ganz beipflichten und möchten nur wünschen, daß über kurz oder lang eine reichsgesetzliche Verfügung herauskommt, die sämtliche Kommunalbetriebe unter die Gewerbeordnung stellt, damit der bestehenden Rechtsunsicherheit endlich ein Ziel gesetzt wird.

Sommerferien.

Die „Reisezeit“ hat begonnen. Die Spalten der Tagespresse sind angefüllt mit Empfehlungen von Sommerfrischen, Seebädern usw., auf den Bahnhöfen herrscht ein geschäftiges Treiben und alle Züge sind überfüllt. Die zahlungsfähige Gesellschaft, die „oberen Tausende“, müssen sich erholen von den Strapazen der vergangenen Winteraison mit ihren Pällen und sonstigen Zerstreuungen. Aber auch wer es nur immer ermöglichen kann, vom Beamten bis zum Geschäftsmann, der zieht hinaus mit Hund und Mägel in die Sommerfrische, um seine Gesundheit zu stärken, um sich widerstandsfähig zu erhalten im Kampfe ums Dasein.

Wohl verzeihlich haben sich die Sommerfrischen, die Lustorte, und jedes halbwegs idyllisch gelegene Dorf ist zum Sommeraufenthalt des Großstädters geworden. Denn der Wert einer Ruhe- und Erholungszeit von einigen Wochen wird immer mehr erkannt.

Nur eine Klasse der Bevölkerung ist, abgesehen von einer winzigen Minderheit, von den Ferientreisen und dem Sommeraufenthalt noch größtenteils ausgeschlossen: Die Lohnarbeiter, dazu gehören auch die städtischen Arbeiter.

Allerdings ist uns bekannt, daß zurzeit etwa achtzig deutsche Gemeinden „ihren“ Arbeitern Sommerurlaub gewähren. Aber einmal erhalten in diesen Städten nicht alle Arbeiter diesen Urlaub und dann ist die Dauer deselben ganz und gar unzureichend. Hinzu kommt noch, daß dieser Urlaub überall als eine „Koblat“ betrachtet wird, auf die die Arbeiter nicht den geringsten Anspruch haben.

Wir wissen freilich, wie die Dauer des Urlaubs oftmals ganz von der mehr oder minder guten Laune des Vorgesetzten abhängt. Und so kommt es, daß nicht einmal in einem Ressort, das sich in mehrere Betriebe teilt, eine einheitliche Handhabung der Urlaubsgewährung zu finden ist.

Es ist schon bald ein Dohn auf die an sich gute Sache, wenn nach fünfjähriger Dienstzeit der Arbeiter einen ganzen Tag Urlaub erhalten kann. Wie es in Dresden, der „modernen Fremdenstadt“, der Fall ist. Dabei verfährt man so peinlich genau, daß wer im Mai noch nicht fünf Jahre, oder 200 Wochen, voll hat, in diesem Jahre diesen einen Tag noch nicht erhalten kann!

Und dabei kostet der gewährte Urlaub der Stadtgemeinde in Wirklichkeit nichts, denn Ersatzkräfte werden nicht eingestellt, die Zurückbleibenden müssen für den Urlaubsabwesenheit mitarbeiten.

Aber auch die übrigen städtischen Arbeiter, welche das „Glück“ haben sechs Tage Urlaub zu „erhalten“ (in Dresden sind diese recht dünn gesät), können diesen Urlaub zu einer wirklichen Erholung nicht voll ausnützen. Die Mittel fehlen ihnen nur zu oft dazu.

Der Lohn, den das Gros der städtischen Arbeiter bezieht, will kaum zur Vorsehung der unumgänglich nötigen täglichen Bedürfnisse ausreichen, an den Luxus einer Ferientreise, oder gar eines Landaufenthaltes ist so leicht nicht zu denken. Und doch hat der moderne Arbeiter es dringend notwendig, einmal auszuatmen, einmal aus der Treibmühle herauszukommen, einmal ganz Mensch zu sein, frei von körperlichen Anstrengungen.

Der Tag für Tag, jahraus, jahrein, ja sein ganzes Leben hindurch ohne Abwechslung und längere Erholung immer in Abhängigkeit arbeiten muß, der wird mit der Zeit seelisch krank, wenn er auch scheinbar körperlich gesund bleibt. Das Leben wird ihm zur Last. Diese Arbeit und dieses Leben wenigstens einmal im Jahr zu unterbrechen, auf eine Zeit einmal ganz Mensch zu sein, das würde Sonnenschein für das düstere Leben der meisten Arbeiter bedeuten.

In der allgem. Einführung von Sommerferien und der Schaffung der Möglichkeit, die Ferien auch zu einer wirklichen geistigen und körperlichen Erholung und Erfrischung zu benutzen, liegt ein sozialpolitisches Problem von großer Wichtigkeit!

Hier ist noch ein weites Feld zu bearbeiten zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse. Neben der Verkürzung der Arbeitszeit, und der Erhöhung der Löhne, muß dahin gearbeitet werden, daß auch die Arbeiter in die Ferien reisen können.

Die Möglichkeit dazu besteht, und Anfänge, wenn auch recht bescheidene, sind ja gemacht. Sie müssen ausgebaut, vervollständigt werden. Die Ferien währenden Städte sind meist auf halbem Wege stehen geblieben, indem man diese Einrichtung als Koblat betrachtet, den Arbeitern keinen Anspruch darauf gewährt. Das Privatunternehmertum hat in dieser Frage den Städten den Rang abgelaufen. Im deutschen Brauereigewerbe, in Handels- und Transportbetrieben bildet die Feriengewährung einen Teil des Tarifvertrages. Die Arbeiter haben somit ein vertragsmäßiges Recht auf Urlaub. Auch sind dort die Bestimmungen zur Gewährung von Urlaub nicht im entferntesten so kleinlich und schäbisch, als wie bei der Mehrzahl der Städte.

Freilich, in diesen genannten Berufen ist eine starke Organisation vorhanden, mit welcher sich die Arbeiter diese günstige Position erkämpft haben. Auch die Stadtverwaltungen werden sich aus freier Einsicht zu einer Erweiterung des bestehenden Sommerurlaubes nicht verstehen. Es wird auch den Gemeinde- und Staatsarbeitern nichts anderes übrig bleiben, als sich durch Störung der Organisation einen annehmbaren Sommerurlaub zu erkämpfen.

R. P.

Wir machen das so!

Der Herrenhandpunkt hat der Hamburgischen Staatsverwaltung neuerdings in einem Falle eine empfindliche Schlappe eingebracht. Entlassene Mitarbeiter klagten gegen die Staatsverwaltung und erstritten ein obliegendes Urteil. Dieses lautet:

Der Hamburgische Staat, vertreten durch die Deputation für Handel und Schifffahrt, wird kostenpflichtig vorläufig vollstreckbar verurteilt, in den von ihm über die Kläger ausgeteilten Zeugnissen eine Ergänzung dahin vorzunehmen, daß die Tatsache angeführt wird, welche die Entlassung der Kläger veranlaßt hat. Durch Hinterlegung von 300 Mk. kann die Zwangsvollstreckung abgewendet werden.

Klärer waren die Mitarbeiter Schleiß und Groth. Beide wurden im Mai 1907 entlassen, und zwar aus dem Grunde, weil sie im Auftrage der Arbeiterkraft am Staatsfai eine Lohnangelegenheit an die Deputation für Handel und Schifffahrt richteten. Damit sollten sie gegen die „Dienstordnung“ verstoßen haben. Die Gemeindegremien verlangten unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches ein Führungszeugnis. Dasselbe lautete nun so:

„Leistungen waren befriedigend; Führung gut, bis auf den Fall, der zu seiner Entlassung führte.“

So, da hatten die Gemeindegremien ein „Zeugnis“. Eine wackere und wirksame Berufsbescheinigung. Denn jedermann, dem dieses „Zeugnis“ vorgezeigt, aber die diesem zugrunde liegenden Vorgänge unbekannt waren, hätte in erster Linie auf den Gedanken kommen müssen, die Inhaber seien wegen grober Pflichtverletzung, wohl gar ehrenrühriger Handlungen, welche aus Rücksicht nur angeklagt, entlassen worden. Arbeiter, gegen die solche Vermutungen aufkommen, wird natürlich niemand einstellen. Daher mußten die Gemeindegremien ein anderes Zeugnis verlangen.

Abgesehen aber von diesem besonderen Fall: der Staatsverwaltung mußte gezeigt werden, daß sie Arbeitern gegenüber denn doch nicht in allem nach Belieben handeln kann. Willst du lassen sich organisierte Arbeiter prinzipiell nicht kühnlich wegschleichen.

Die Klage forderte Ausfertigung eines neuen Zeugnisses, in dem die Worte „bis auf den Fall, der zu seiner Entlassung führte“, nicht mit enthalten seien. Diese Klage wurde in allen Instanzen abgewiesen mit der Begründung, das den Gegenstand der Klage bildende Zeugnis enthalte nichts tatsächlich Unrichtiges, sei auch

als ein Verstoß gegen die guten Sitten (§ 826 des B. G. B.) nicht aufzufassen. Eine Vervollständigung des Zeugnisses dahin, daß „der Fall, welcher zu seiner Entlassung führte“, besonders angegeben werden solle, sei aber nicht verlangt worden.

Nunmehr wurde erneut getagt auf Ergänzung des Zeugnisses. Und diese Klage hatte den vermerten Erfolg.

Hierzu wollen wir noch anführen, daß die Kautverwaltung sich mit Händen und Füßen gegen ihre voraussetzende schließliche Verurteilung gewehrt hat. In beiden Verfahren reichte sie den Gerichten längere Schriftsätze ein, in denen sie ihren Standpunkt bezüglich der „Zeugnisse“ zu rechtfertigen suchte. In dem Schriftsatz zu der zweiten Klage hieß es unter anderem dem Sinne nach, daß (nämlich daß der Wortlaut für von Arbeitern verlangte Zeugnisse so gewählt werde, wie für die angefochtenen geschehen) werde immer so gemacht und sei von den betreffenden Arbeitern in keinem Falle bemängelt worden. Interessant ist auch das von der Kautverwaltung angebotene Zeugnis des Kautbeamten Reepen. Er bekundete, daß der Kaudirektor Winter den Wortlaut der Zeugnisse so festgelegt hat, wie sie erteilt worden sind. Ueber den Entlassungsgrund sagte der Zeuge aus: „... Der Grund war der, daß sie gegen die Vorschriften der Dienstordnung, mit Umgehung des Arbeiterausschusses und der durch die Vorarbeiter vertretenen Arbeiterschaft eine Eingabe, welche sich auf Astfordverbesserungen bezog, direkt an die Deputation gerichtet hatten.“

Welche Machtbefugnisse sich der Kaudirektor entlassenen Arbeitern gegenüber anmaßt, wie er durch seine „Zeugnisse“ insbesondere die Arbeiter trifft, geht aus folgender Erklärung des Zeugen hervor:

„... Der Kaudirektor würde das Führungszeugnis nicht abgeändert haben. Der gewählte Wortlaut des Zeugnisses lautet auch bei einem Arbeiter, der wegen Diebstahls, Betrunktheit oder dergleichen entlassen ist, ebenso.“

Damit ist gerichtsbeamtet geworden: Arbeiter, die sich organisieren oder die überhaupt in irgendeiner gesellschaftlich und moralisch durchaus zulässigen Form für die Verbesserung ihrer Lage eintreten, werden von dem Direktor am Hamburgischen Staatskai behandelt wie Diebe und Trunkenbolde!!

Das Gericht kam zu anderen Ansichten. Seine Urteilsgründe lauten:

Nach § 113 der Gewerbeordnung ist der Arbeiter berechtigt, beim Abgange ein Zeugnis zu verlangen, welches auf sein Verhalten auf seine Führung und seine Leistungen auszuweisen ist. Ein solches Zeugnis haben die Kläger im vorliegenden Falle verlangt. Die ihnen daraufhin als Zeugnisse erteilten Bescheinigungen können aber als „Zeugnisse“ nicht angesehen werden, wenigstens nicht in dem hier in Frage stehenden Teile. Das Zeugnis erfüllt dann seinen Zweck, und nur dann ist es ein Zeugnis, wenn aus seinem Wortlaut ersichtlich ist, wie der Zeugnisaussteller die Qualitäten des Zeugnisempfängers bezüglich seiner Leistungen und seiner Führung bewerten will, und wenn es dem Leser des Zeugnisses möglich ist, aus dieser Bewertung sich ein Urteil über die Qualitäten des Zeugnisempfängers zu bilden. Dazu gehört aber, daß, wenn ein bestimmter Vorfall, ein bestimmtes Verhalten als rügenswert bezeichnet werden soll, dies aus dem Zeugnis ersichtlich ist. Andernfalls würde der Leser des Zeugnisses gar nicht in der Lage sein, sich ein Urteil über den Zeugnisempfänger zu bilden. Dies ist ein Erfordernis, welches an alle „Zeugnisse“ zu stellen ist, insbesondere aber an die hier in Frage kommenden Zeugnisse der Gewerbeordnung. Wenn der Arbeiter ein Zeugnis über seine „Führung“ verlangen kann, so ist das nicht identisch mit einem Zeugnis über sein „Verhalten“, etwa im Sinne eines Schülerzeugnisses, in welchem eventuell als Verhaltenszeugnis „Tadelnswert“ durchgehen könnte, wenn auch hier ein Verhaltenszeugnis wie etwa: „Gut bis auf den Fall, der zu seinem Zügelbleiben geführt hat“, kaum jemandem genügen würde. Das Führungszeugnis des Arbeiters soll ein Urteil über sein Verhalten im Arbeitsverhältnis enthalten. Dazu ist aber, wenn der Arbeitsherr über sein Verhalten ein tadelndes Urteil abgeben will, ein Anführen von Tatsachen notwendig, auf welche sich das Urteil gründet. Wenn die Angabe einer derartigen Tatsache fehlt, ist das Zeugnis eben kein Zeugnis, und der Arbeiter, welcher Anspruch auf ein „Zeugnis“ hat, kann auf Ergänzung der als Zeugnis erteilten Bescheinigung klagen, da diese ohne die Ergänzung kein „Zeugnis“ ist. Wenn also im vorliegenden Fall das Verhalten der Kläger, welches zu ihrer Entlassung geführt hat, die klagende Verwaltung in ihrem Urteil über die Führung der Kläger beeinflusste, und wenn sie dies in dem Zeugnis zum Ausdruck brachte, so mußte sie auch die Tatsache, auf Grund welcher für ihr Urteil bildete, und das Verhalten der Kläger, welches sie als tadelnswert bezeichnen wollte, in dem

Zeugnis anführen. Da sie dies nicht getan hat, und zu tun sich weigert, war sie zur Ergänzung der Zeugnisse, wie beantragt, zu verurteilen.

Auch aus einem anderen Gesichtspunkt sind die Kläger berechtigt, Ergänzung ihrer Zeugnisse in dem beantragten Sinne zu beanspruchen. Wie aus der Befundung des als Zeuge vernommenen Beamten der klagenden Verwaltung hervorgeht, lautet auch bei einem Arbeiter, welcher wegen Diebstahls, Trunkenheit und dergl. entlassen wird, das Zeugnis seinem Wortlaut nach ebenso wie die hier vorliegenden. Wenn ein Arbeiter, der aus derartigen Gründen entlassen ist, mit dem in Frage kommenden Wortlaut einverstanden ist, so ist das nicht weiter verwunderlich, um so mehr muß aber ein Arbeiter, der nach seiner Ueberzeugung aus anderen Gründen entlassen ist, und der sich derartiges nicht vorwerfen weiß, darauf bestehen, daß sein Zeugnis einen anderen Wortlaut enthält, aus dem hervorgeht, daß er aus anderen Gründen und aus welchen er entlassen ist, wenn der Grund zur Entlassung zugleich als das Urteil über die Führung im schlechten Sinne beeinflussendes Moment im Zeugnis zum Ausdruck gebracht wird.

Auf § 21 ihrer Dienstordnung kann sich die klagende Verwaltung nicht berufen. Hier ist nur festgesetzt, daß ein Arbeiter ohne Angabe von Gründen entlassen werden kann, aber nicht, daß bei Verlangen eines Führungszeugnisses die Entlassungsgründe zum tadelnden Gegenstand des Zeugnisses gemacht werden, der Entlassungsgrund nicht angegeben zu werden brauche, ganz abgesehen davon, daß durch die Dienstordnung das durch die Gewerbeordnung gewährleistete Recht des Arbeiters auf ein ordnungsmäßiges Zeugnis nicht beeinträchtigt werden kann.

Für die klagende Verwaltung, daß Kläger sich mit der Fassung des Zeugnisses einverstanden erklärt hätten, ist ein Beweis nicht erbracht worden. Für den Kläger zu 1 fehlt er völlig, und für den Kläger zu 2 erachtet das Gericht durch die Aussage des Zeugen Reepen einen Verzicht seinerseits nicht als erwiesen. Wenn der Kläger zu 2 das Zeugnis, nachdem er vorher den Wortlaut moniert hatte, kurzerhand entgegennahm, so hat er sich damit noch nicht mit dem Wortlaut des Zeugnisses einverstanden erklärt, zumal da, wie der Zeuge weiter bekundet, der Kläger davon ausgehen konnte, daß er trotz weiteren Protestierens ein anderes Zeugnis nicht erhalten würde. Einen Vorbehalt brauchte der Kläger bei Entgegennahme des Zeugnisses nicht zum Ausdruck zu bringen.

Unter Verbandsprogramm vor dem Karlsruher Bürgerausschuß.

Unter dieser Überschrift kritisierte der Unterzeichnete in Nr. 16 der „Gewerkschaft“ die Ausführungen des Karlsruher Oberbürgermeisters Siegrist gelegentlich der Beratung des städtischen Voranschlags für das Jahr 1908.

Um eine Aussprache über diese Angelegenheit herbeizuführen, habe ich Herrn Oberbürgermeister Siegrist den Artikel mit dem Ersuchen zugesandt, mir eine Rücksprache zu gewähren. Herr Oberbürgermeister Siegrist erwiderte mir zunächst um schriftliche Bezeichnung der Punkte, in welchen er tatsächlich unrichtige Behauptungen aufgestellt haben sollte. Nachdem ich ihm diese Punkte bezeichnet hatte, fand am 13. Mai d. J. die gewünschte Unterredung statt.

Somit bei dieser persönlichen Aussprache als auch in dem darauffolgenden Schriftwechsel bestritt Herr Oberbürgermeister Siegrist ganz entschieden, die kritisierten Ausführungen so gemacht zu haben, wie sie dargestellt wurden, und verlangte auf Grund seiner Erklärungen eine diesbezügliche Berichtigung in der „Gewerkschaft“.

Nun stützte sich aber die Kritik auf den offiziellen Verhandlungsbericht, der von einem städtischen Beamten verfaßt und den Zeitungen zugesandt worden ist. Danach führte Oberbürgermeister Siegrist folgendes aus:

„Der Gemeindearbeiterverband habe übertriebene Forderungen gestellt, deren Erfüllung einen Mehraufwand von jährlich 117.000 Mk. erfordere. Obwohl jener Verband noch nicht zehn Prozent der gesamten städtischen Arbeiterschaft umfasse, versuche man ihn als die alleinige Vertretung der städtischen Arbeiter darzustellen und die von der Gesamtheit der Arbeiter gewählten Ausschüsse immer zur Seite zu schieben. Als er (der Oberbürgermeister) übrigens mit jenem Gemeindearbeiterverband habe verhandeln wollen, und sich deshalb nach den Vorstandsmitgliedern erkundigt, habe man ihm, wie er nachträglich nur durch Zufall erfahren habe, die Namen der Vorstandsmitglieder verschwiegen. Mit einem solchen Verband könne die Stadtverwaltung nur verhandeln, wenn er keine parteipolitischen Bestrebungen verfolge. Obwohl von jenem Verband eine solche Tendenz bestritten werde, ergabe sich aus dem ihm vorliegenden, in einem Taschentaler des Ver-

bandes enthaltenen Programm gerade das Gegenteil. Danach würden die Arbeiter angewiesen, bei Gemeindevahlen nur solche Kandidaten zu unterstützen, die rückhaltlos für ihr Programm eintreten. Das Gemeindevahlrecht sei aber dazu nicht da, daß die Gemeindeangestellten es benützen, um für sich die besten Arbeitsbedingungen herauszuschlagen. Wenn der Gemeindearbeiterverband diesen Grundsatz beibehalte, so müsse die Stadtverwaltung ihr Verhalten gegenüber diesem Verbands einer Revision unterziehen.

Ferner heißt es in dem Bericht an anderer Stelle:

„Die hiesigen städtischen Arbeiter hätten ihre weitgehenden Forderungen gar nicht selbst aufgestellt, sondern seien von der Zentrale in Berlin beeinflusst, hinter der eine politische Organisation stehe. Wenn städtische Arbeiter oder Beamte mit Rücksicht auf die eigene Gehaltserhöhung städtische Wahlen beeinflussen wollten, so sei dies die schlimmste Korruption.“

Nach der persönlichen Darstellung des Herrn Oberbürgermeisters hatten seine Ausführungen nachstehenden Wortlaut:

„Die hiesigen städtischen Arbeiter hätten ihre Forderungen nicht allein aufgestellt, sie seien dabei beraten worden von Organisationen des Zentralverbandes. Dieser sei über ganz Deutschland verbreitet und habe seine Zentrale in Berlin. Hinter diesem Verbands stehe überdies eine große politische Organisation.“

Bzüglich der Ausnutzung des Gemeindevahlrechts durch die Gemeindearbeiter zugunsten ihrer Forderungen erklärte Herr Oberbürgermeister Siegrist, daß eine Vereinigung der Gemeindearbeiter zu dem Zweck, ihr Gemeindevahlrecht lediglich unter dem Gesichtspunkt der Erlangung persönlicher Vorteile zu gebrauchen, aus dem Grunde höchst verwerflich sei, weil das Gemeindevahlrecht den Zweck habe, die dem Interesse der Gemeinde als Gesamtheit der Gemeindeangehörigen vorteilhafteste Zusammensetzung der Gemeindevertretung und Gemeindeverwaltung, nicht aber die dem persönlichen Interesse der im Gemeindevahlrecht stehenden Beamten und Arbeiter vorteilhafteste zu sichern, sowie daß ein solcher Gebrauch des Gemeindevahlrechts jedenfalls noch viel verwerflicher sei als das Bestreben gewisser außerhalb des Gemeindevahlrechts stehender wirtschaftlicher Interessengruppen, ihre Interessen bei den Gemeindevahlen zu fördern.

Mit dieser Gegenüberstellung ist den an uns gestellten Wünschen Rechnung getragen. Es bleibt nunmehr dem Urteil der Leser überlassen, sich die richtige Lesart anzueignen. Unsere Stellungnahme ist in Nr. 16 der „Gewerkschaft“ wiedergegeben. Wir haben dem nichts weiter hinzuzufügen, da, nach unserer Ansicht, durch diese Verächtlichmachung an dem Kern der Sache nichts geändert wird. Das Gemeindevahlrecht ist für die Gemeindearbeiter ebenso gut da wie für alle anderen Bürger der Stadt und ganz selbstverständlich werden sie bei solchen Wahlen keine Gegner ihrer Interessen wählen.

R. Sedmann.

Aus unserer Bewegung.

Bamberg. Am 21. Mai fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung statt, die vom Gewerkschaftssekretär einberufen war. Das Thema, über welches der Kollege Behold-Bamberg sprach, lautete: „Arbeitsverhältnisse und Lebenslage der bei der Stadtgemeinde beschäftigten Arbeiter und deren Einwirkung auf die in der Privatindustrie beschäftigten Arbeiter“. Aus den Ausführungen des Referenten war zu ersehen, wie auch in Bamberg die Lage der städtischen Arbeiter dringend verbesserungsbedürftig ist. Aus diesem Grunde haben die organisierten Arbeiter im vorigen Herbst den städtischen Kollegen eine Eingabe unterbreitet, in der sie Lohnaufbesserung für alle Kategorien, Sommerurlaub für sämtliche städtischen Arbeiter, und an Stelle der bisherigen Betriebsarbeitsräte einen einzigen Arbeitersausschuß verlangten. Während in fast allen anderen Städten die Lohnforderungen der Arbeiter schon zur Erledigung gebracht sind, müssen die Bamberger Arbeiter sich noch immer bis Juli gedulden, ehe sie in den Genuß der Lohnaufbesserung treten können. Doch auch damit würden sich die Arbeiter noch zufrieden geben, wenn wenigstens etwas Erntelohn geschaffen wäre. Aber so sind es wieder nur Proben. Durchschnittlich kommt auf den Arbeiter pro Woche eine Aufbesserung von 1,25 Mk. Dies ist aber der Urlaub mit inbegriffen. Zieht man also die Kosten, welche der Urlaub verursacht, resp. verursachen soll, ab, dann ergibt sich eine noch geringere Summe als die oben angegebene. Der Gesamtanlauf für alle städtischen Arbeiter beträgt inklusive Sommerurlaub 18.863 Mk. Davon gehen 6708 Mk. ab, welche nur den Bauamtsarbeitern und den Stadtgärtnern zukommen, und zwar weil sie bei früheren Lohnaufbesserungen übergangen wurden und deshalb im Lohn zurückgeblieben sind gegenüber den anderen städtischen Arbeitern. Urlaub kann gewährt werden nach 3 Jahren 3 Tage und nach 5 Jahren 6 Tage. Wir werden sehen, ob hier gerecht verfahren

wird. Daß die Gasarbeiter bei dieser Lohnregulierung am schlechtesten davongekommen sind, dürften sie nur dem Direktor der Gasanstalt, Herrn Finckler, zu verdanken haben. Er erklärte in der Sitzung, in der die Eingabe zur Erledigung gelangte: „Seine Arbeiter seien zufrieden, denn der Arbeitersausschuß habe dies in einer Sitzung erklärt.“ Da der Arbeitersausschuß sich dessen nicht bewußt ist, wird derselbe Herrn Finckler hierüber zur Rede stellen. Zu bemerken ist noch, daß zur Landwirtschaftlichen Ausstellung in Bamberg im Mai d. J. doppelt so viel dem Stadtsäckel entnommen wurde als für die städtischen Arbeiter. Auch als das Viktum sein 400jähriges Bestehen feierte, hatte man in Bamberg 20.000 Mk. zu viel im Stadtsäckel. Aber nicht für die Arbeiter waren diese 20.000 Mk. übrig, sondern für das ohnehin schon reiche Viktum. Hoffentlich sehen die Bamberger und insbesondere die städtischen Arbeiter es ein, daß die kommenden Gemeindevahlen die günstigste Gelegenheit bieten, um fähigere Leute auf das Rathaus zu schicken, als solche, welche zur Evidenz bewiesen haben, daß sie derartigen Beamten in keiner Weise gewachsen sind.

Hant-Wilhelmshaven. Eine gutbesuchte Gasarbeiterversammlung (Büringer 9.) mit der Tagesordnung: „Die Betriebsweise der deutschen Gaswerke und ihre Arbeiterpolitik“, tagte am 5. Juni in der Bürgerhalle. H. Meißner hatte das Referat übernommen. In seinem Vortrage ging er auf die frühere Betriebsweise der älteren Gaswerke ein und führte aus, daß die jetzige Betriebsweise auf einer höheren Stufe der Konstruktion und Technik steht. Die technischen Fortschritte, welche in den letzten Jahrzehnten auf den Gaswerken Anwendung fanden, sind von den denkbar größter Bedeutung. Bedeutend mehr wird aus dem Produkt herausgeholt. Wenn man aber der Ansicht gewesen sei, daß diese Kulturveränderungen auch den Arbeitern zufließen kommen würden, so hat man sich im Irrtum befunden. Der Arbeiter ist durch Einführung von Maschinen auch auf den Gaswerken zum Teil zurückgedrängt worden. Die heutige Konstruktion der technischen Hilfsmittel hat dazu geführt, daß die Zahl der Arbeiter reduziert wurde und dennoch bedeutend mehr Gas erzeugt wird wie früher. Die technischen Erfindungen haben aber keineswegs dazu geführt, die schwere, gesundheitschädliche, Körper und Geist ruinierende Arbeit der Gasarbeiter in wünschenswertem Maße zu erleichtern. Im Gegenteil, immer würden größere Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit gestellt. Redner führte eine Reihe Städte an, wo bereits die achtstündige Arbeitszeit eingeführt sei; diese Verbesserungen habe die Organisation zum größten Teil erkämpfen müssen. — An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache. Alle waren der Ansicht, daß nur durch festen Zusammenschluß die Arbeiter eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage erreichen können. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Kollegen sich einheitlich dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen möchten, da das Bestehen mehrerer Verbände dem einheitlichen Zusammenarbeiten hinderlich sei. Ein Teil der Nichtorganisierten schloß sich der Organisation an.

Töbels (Sachsen). Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen städtischen Arbeiter sind noch recht verbesserungsbedürftig. Das ist eigentlich nicht verwunderlich, denn bisher hat es an einer Organisation gefehlt. Es hat sich niemand um die Arbeiter bekümmert. Man hat es auch in Töbels fertiggebracht, den Beamten, denen es ja auch zu gönnen ist, eine Gehaltszulage zu bewilligen, den Arbeitern aber nichts zu geben. Nicht nur, daß die Löhne recht niedrig sind, fehlen auch noch alle sonstigen sozialen Einrichtungen. Da gibt es also noch recht viel Arbeit, um das Arbeitsverhältnis zu einem modernen zu gestalten. Erfreulicherweise beginnt es bei der städtischen Arbeitern zu dämmern, daß es so nicht weitergehen kann. Sie kommen immer mehr zu der Einsicht, daß eine Organisation recht notwendig ist, ohne eine solche sind keine Fortschritte zu erzielen. Ein kleines Häuflein hat sich der Organisation bereits angeschlossen. Sie sind auf dem richtigen Wege. Den noch Fernstehenden aber rufen wir zu: Organisiert Euch! Die einzig maßgebende und wirksame Organisation für die städtischen Arbeiter ist der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Diesem müßt ihr beitreten, wenn sich eure Verhältnisse bessern sollen.

Wörlitz. In der am 13. Juni abgehaltenen Mitgliederversammlung sprach Kollege Preißler über „das Reichsbereinsgesetz“. Da unsere Gesetzkgebung von dem Grundsatze ausgeht: Unkenntnis des Gesetzes schützt nicht vor Strafe, so ist es für jeden eine unbedingte Notwendigkeit, sich so viel Gesetzeskenntnis anzueignen, wie nur immer möglich. Unsere ganze Gesetzkgebung leidet an einer großen Unverständlichkeit und entbehrt der Einheitslichkeit. Obwohl das Deutsche Reich nunmehr bereits 31 Jahre in seiner ganzen Herrlichkeit besteht, so könne doch von einem einheitlichen Recht nicht gesprochen werden. Auch bei dem neuen Gesetz, beim Reichsbereinsgesetz, ist von einer Einheitslichkeit der Landabgabe des Vereins- und Versammlungsrechtes nur im beschränkten Maße zu reden. Die zurzeit am Ruder befindlichen Sozialparteien haben es verstanden, in das neue Gesetz fast all die heimlichen Maßnahmen von früher nicht nur hinüberzutragen, sondern auch durch andere Hindernisse zu verstärken. Auch für die Zukunft hat man sich freie Hand behalten, den Gewerkschaften Schwierigkeiten zu bereiten. Aber die Arbeiterbewegung, die sich

mit den früheren Verhältnissen abgefunden hat, wird sich auch in Zukunft ihre Rechte zu wahren wissen. Im Gewerkschaftlichen wurde scharf kritisiert, daß bei Anlegungsarbeiten, welche von der Stadt ausgeführt werden, keine Vorbeute und keine Abfertigungs-Kommission soll die Sache weiter verfolgen. Ferner wurde darüber Klage geführt, daß sich der Magistrat bis jetzt noch nicht bemüht hat, irgend etwas in der Urlaubsforderung zu tun. Die Gewährung von Urlaub ist wohl im Winter beschlossen worden, aber über die Ausführung dieses Beschlusses läßt man die Arbeiter im unklaren. Es wurde deshalb in der Versammlung beschlossen, daß jeder zunächst bei seinem direkten Vorgesetzten den Urlaub verlangt. Ergeben sich hierbei Schwierigkeiten, soll eine Eingabe an den Magistrat gerichtet werden.

Gotha. Am 13. Juni fand eine Versammlung der städtischen Arbeiter statt, in der Moll. Heine ein Referat hielt über: „Die Feinde der Gewerkschaftsbewegung“. Er berührte hauptsächlich einzelne Paragraphen der Gewerbeordnung. Weiter berührte er das jetzige Vereinsgesetz und dessen Folgen. Zum Schluß erwähnte er die städtischen Kollegen, sich mehr wie bisher an der Tätigkeit in der Gewerkschaft zu beteiligen und dafür Sorge zu tragen, daß sich alle Mitarbeiter organisieren. Den Martellbericht gab Moll. Müller. Im „Verschiedenen“ gab Kollege Heine die Petition betreffs Lohnforderung der hiesigen Arbeiter bekannt, die zu einer längeren Debatte führte. Beschlüsse wurden jedoch bis zur nächsten Versammlung vertagt. Weiter wurde vom Moll. Wäcker die Aussperrung der hiesigen Waggonfabrik geschildert, da auch 4 Kollegen in Willenshaft gezogen sind. Am Schlusswort wurde den Kollegen noch einmal rege Agitation aus Herz gelegt.

Eichersleben. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gasarbeiter sind hier noch recht traurige zu nennen. Der Lohn beträgt 3,50 Mk. für Vorarbeiter und 3,00 Mk. für Betriebsarbeiter. Erwähnenswert ist noch, daß die 24stündige Wochenschicht besteht. Ernst beträgt die Arbeitszeit 12 Stunden, incl. 2 Stunden Pause. Es ist keine Seltenheit, daß die 12stündige Nachschicht auf 18 Stunden ausgedehnt wird. Sonstige soziale Einrichtungen, wie Sommerurlaub, Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, Altersgeld, Ruhegeld und Renteversicherung, fehlen vollständig. Vom Achtundtag ist erst gar nicht zu reden. Eicherslebener Kollegen, wollt ihr, daß bessere Verhältnisse geschaffen werden, dann schließt Euch den übrigen Gasarbeitern von Deutschland an, die innerhalb des Gemeindearbeiterverbandes organisiert sind. Wollt ihr in unseren Reihen fehlen?

Spanau. Am 5. Juli d. J. fand bei Feuerherdt in der Kurstraße 21 unsere regelmäßige Monatsversammlung statt. Kollege Heintze hielt einen Vortrag über: „Die deutsche Arbeiterversicherung“. Moll. Bösch erstattete nach dem Bericht von der ersten Sitzung des neuerrichteten Arbeiterausschusses. Die Sitzung war einberufen von der vorgesetzten Behörde, und tagte am 22. Mai vorigen Monats im Rathaus. An derselben nahmen außer den Ausschussmitgliedern auch der Herr Gasdirektor und der Herr Oberbürgermeister teil. Herr Oberbürgermeister ersuchte die Ausschussmitglieder, ihre Wünsche stets frei und offen zu äußern. Dies geschah denn auch! — Die Straßeneiniger beantragten, ihnen statt den bisherigen Monatslohn, Stundenlohn in Höhe von 40 Pfg. zu gewähren. Diesem wurde zugestimmt. Tatsächlich lag gehandelt war es von den Vertretern der Straßeneinigung natürlich nicht. Denn wenn sie schon einmal die Aufbesserung ihrer Löhne beantragten, dann hätten sie ohne weiteres für erhöhte Monatslöhne oder für ausreichende Wochenlöhne eintreten müssen. Dadurch wäre es ihnen möglich gewesen, für diese Kategorie eine bessere Lage zu schaffen. Desgleichen wurde einer neuen Arbeitsordnung für den Gasbetrieb zugestimmt. Hier erfordert jedoch die Verhandlung derselben unsere Kritik. Auf Ersuchen der Mitglieder, ihnen eine Abschrift der Arbeitsordnung zu gewähren, damit sie auch ihre Mitarbeiter davon unterrichten können, lehnte der Herr Gasdirektor mit der Begründung ab: „Dann brauchen wir keinen Arbeiterausschuss.“ Der Wunsch des Ausschusses war um so mehr berechtigt, da die neue Arbeitsordnung noch schärfere Strafbestimmungen enthalten soll, als dies bei der alten der Fall ist. Eigentlich wäre es nicht mehr wie recht und billig gewesen, hätte man dem Arbeiterausschuss schon gleich bei Einberufung der Sitzung eine Abschrift ausgehändigt, damit selbst er sich über den Inhalt genau orientieren konnte. Die Zustimmung zu der Arbeitsordnung wäre dann jedenfalls nicht erfolgt. Allerdings hätte der Ausschuss beschließen können, diesen Punkt von der Tagesordnung abzuheben und bei der nächstfolgenden Tagung wieder zur Beratung zu stellen. Wenn die Ausschussvertreter das nicht taten, dann doch nur deswegen, weil sie sich über ihre Funktionen noch nicht genügend klar waren. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Herren Stadtverordneten nicht umhin können, bei passender Gelegenheit hierüber ein ernstes Wort mitzureden. Auch wir werden später noch einmal auf diese Sache zurückkommen. Mehrigens ist es erwähnenswert, die Sitzungen des Ausschusses statt wie bisher 3, 8 Tage zuvor bekanntzumachen. Gewiß ist hierzu die Dienstbehörde nach der Gewerbeordnung nicht verpflichtet, es entspricht aber der Loyalität. Es wurde dann noch einem Antrage zu-

gestimmt, auf Anschaffung eines Kaffeetochapparates. Aus diesem Bericht können die städtischen Arbeiter Spanaus wieder einmal erleben, wie notwendig eine einheitliche Organisation und ein Zusammenarbeiten aller ist. — Nachdem Moll. Heine man den Martellbericht gegeben, und mehrere Redner zum besseren Versammlungsbesuch aufgefordert, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden um 11½ Uhr geschlossen.

Stettin. Am 10. Juni fand bei Will, Bismarckstraße 10, unsere Mitgliederversammlung statt. Nach Lage der Verhältnisse mußte der Besuch ein besserer gewesen sein. Dem Moll. Fr. wurden, da er schon 11 Wochen krank ist und auf seine Arbeitsfähigkeit keine Aussicht ist, neben der verbandsseitigen Unterstützung, 15 Mk. bewilligt. Die Versammlung beschäftigte sich ferner mit dem am 5. Juli stattfindenden Sommervergügen. Des weiteren nahm die Versammlung Kenntnis von der Ablehnung unserer an den Magistrat eingereichten Petition. Zu dieser Sache soll noch in diesem Jahre von neuem Stellung genommen werden. Den Stettiner Kollegen sei anheimgegeben, für ihre gerechte Sache Propaganda zu machen, damit für die Zukunft auch für sie ein Prozedur von dem Verdienten abfällt. (Siehe auch „Gewerkschaft“ Nr. 25.).

Hittau. In der am 12. Juni abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Preißler: Dresden über „die Arbeiterversicherungs-gesetze“. In seinen Ausführungen führte er den Anwesenden die Leistungen der Arbeiterversicherungs-gesetze vor Augen und betonte, daß ihnen wohl ein gesunder Kern innewohne, daß sie aber weit davon entfernt seien, ein soziales Allheilmittel zu sein, zu dem sie von ihren Verherrlichern so oft geklopelt werden. Eine Gegenüberstellung der Leistungen der Arbeiterversicherung und der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zeigt so recht die große Reformbedürftigkeit der Gesetze. An dem weiteren Ausbau derselben mitzuhelfen unter dem Grundsatz: „die Arbeiterversicherung dem Versicherten!“ sei Pflicht eines jeden. — An den Vortrag schloß sich eine kurze Debatte, wobei noch einige gestellte Fragen beantwortet wurden. — Unter gewerkschaftlichen Angelegenheiten wurde gerügt, daß die Kollegen der Gasanstalt so wenig Interesse für die Organisation zeigen, trotzdem die Verhältnisse in der Gasanstalt durchaus keine rosen sind, sondern einer durchgreifenden Verbesserung dringend bedürfen. Wohl sind die Arbeiter mit den Verhältnissen unzufrieden, aber die nötigen Schritte zur Abhilfe zu tun, dazu mangelt ihnen der Mut, sie wollen lieber die Faust in der Tasche und lassen andere für sich arbeiten. Die Hittauer Gasanstalt gehört auch zu denen, die horrenden Ueberschüsse abwerfen. Aber in ihr ist die Arbeitsweise noch wie zu Großvaterszeiten. Achtundtag, Sommerurlaub, Schichtlohn, all das sind gänzlich unbekante Dinge und sie werden es auch bleiben, solange die Gasarbeiter in ihrer Stumpfheit und Gleichgültigkeit verharren. Von den Erfolgen der organisierten Gasarbeiter anderwärts schienen die Hittauer Gasarbeiter noch gar keine Ahnung zu haben. Es wird deshalb unsere Aufgabe sein, ihnen diese zu vermitteln zu bringen. Dabei mitzuhelfen ist auch Pflicht der übrigen organisierten Kollegen.

Aus den deutschen Gewerkschaften. Kongresse.

Auf dem 6. Verbandstag der Stuckateure (18. bis 23. Mai 1908 in Nürnberg) vertraten 41 Delegierte 8201 Mitglieder. Es wurde mit 24 gegen 21 Stimmen die Einführung der Erwerbslosenunterstützung beschlossen; bisher zahlte der Verband nur Reiseunterstützung und Sterbegeld. Die Beiträge wurden auf 85, 95, 105 und 115 Pf. pro Woche festgesetzt. Ferner wurde die Schaffung von 7 Gängen, davon 2 mit besoldeten Gausleitern, beschlossen. Die Gausleiter werden auf Vorschlag der Ortsgruppen vom Vorstand und Ausschuss ernannt. Das Grundgehalt der besoldeten Mitglieder des Hauptvorstandes wurde auf 2100 Mk. festgesetzt, es steigt während der ersten fünf Jahre jährlich um 100 Mk., dann jährlich um 50 Mk. bis 3000 Mk. Der Vorstand wurde insgesamt wiedergewählt.

Die 13. Hauptversammlung des Zentralverbandes der Lederarbeiter, der 7000 Mitglieder (davon unter 150 weibliche) zählt, hat (17. bis 22. Mai 1908 in Frankfurt am Main) die Verjüngung aller für die Lederindustrie bestehenden Verbände (Sattler, Schuhmacher, Portefeulier, Handschuhmacher) zu einem Verbande grundsätzlich gutgeheißen; doch soll eine Abstimmung entscheiden. Die Einführung von Staffelbeiträgen wurde beschlossen. Die Beiträge wurden auf 50 und 55 Pf. pro Woche festgesetzt, weibliche Mitglieder zahlen 25 Pf. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung wurde gegen wenige Stimmen beschlossen; da der Verband bereits Arbeitslosenunterstützung zahlt, bedeutet das die Neueinführung der Krankenunterstützung.

Der 7. Verbandstag der Holzarbeiter wurde vom 24. bis 31. Mai in Stettin abgehalten. Es waren 189 Delegierte anwesend. Während bezüglich Statuten, Taktik usw., im ganzen keine Meinungsverschiedenheiten waren und keinerlei

Abänderungen vorgenommen wurden, spielte die Tarifvertragspolitik die Hauptrolle in den Erörterungen. Im Auftrage des Vorstandes begründete Becker eine Resolution, die in den zahlreichen Arbeitstarifverträgen, die der Verband abgeschlossen hat, ein wesentliches Hilfsmittel sieht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und dem Verband innere Festigung zu verleihen, die auch in einem Reichstarifvertrag die logische Konsequenz des jetzigen Verfahrens sieht, aber die Zeit dafür noch nicht für gekommen hält. Der Korreferent legte das Hauptgewicht auf eine entschiedene Ablehnung des Gedankens des Reichsvertrages. Dagegen empfahl er eine Vereinheitlichung der örtlichen Verträge. Wenn die erreicht sei, könne man den Abschluß für Industriebezirke als nächstes Ziel ins Auge fassen. Vor allem wollte er es jedoch den einzelnen Orten freistellen, ob sie sich an den von den Zentralvorständen für mehrere Orte eingeleiteten Verhandlungen beteiligen wollen oder nicht. Nach langer Debatte wurde diese Resolution zurückgezogen und der Entwurf des Hauptvorstandes unter Streichung des Passus, der den Reichsvertrag für die logische Fortentwicklung des heutigen Verfahrens erklärt, angenommen. Warum man sich gegen diesen Passus sperre, ist eigentlich nicht recht ersichtlich, den der konsequente Ausbau der jetzigen Tarifverträge, selbst im Sinne des Korreferenten, muß unseres Erachtens unweigerlich zum Reichstarif führen. — Bezüglich der Kaiserfeier blieben die bisherigen Beschlüsse stehen, doch sprach sich ein großer Teil der Delegierten, wie auch der Vorsitzende Leipziger, gegen die Arbeitsruhe aus. Dazu bemerkt jedoch die „Solgarbeiter-Zeitung“: „Es waren in der Hauptsache auch nur taktische Gesichtspunkte, welche den Verbandstag bei seiner Stellungnahme in der Kaiserfeierfrage leiteten. Der Verband steht jederzeit vor großen Kämpfen, die Atmosphäre in der Holzindustrie ist gewitterschwül, da muß seitens der Kollegen alles vermieden werden, was die Lage komplizieren und uns zur Unzeit in einen Nachschimpf hineintreiben könnte. Deshalb die Mahnung vieler Kollegen, auch auf dem Verbandstag mit der Kaiserfeier sehr vorsichtig zu Werke zu gehen, damit sie nicht Anlaß zu einer schweren Niederlage unserer Bewegung gibt.“ — Der Sitz des Verbandes wurde von Stuttgart, wo er sich seit 25 Jahren befand, nach Berlin verlegt, um so eine größere Schlagfertigkeit entwickeln zu können, da sich das Schwergewicht immer mehr nach Norddeutschland verlagert hat. — Als Vorstand wurde wiedergewählt: Leipziger als 1. Vorsitzender (an Stelle des verstorbenen Mohr), Schuegraf als 2. Vorsitzender, Becker und Poppe, Sekretäre, König, Hauptassistent.

Der Deutsche Buchdruckerverband hielt vom 25. Mai bis 2. Juni seine 6. Generalversammlung in Köln ab. Es waren 133 Delegierte anwesend. Allein 4 Tage wurde über die Tarifgemeinschaft verhandelt, wobei der Hauptvorstand scharf angegriffen wurde. Besonders die Spartenvertreter führten heftige Attacken, die auch jetzt noch nicht ganz behoben scheinen. Von etwa 50 Rednern wurden die Licht- und Schattenseiten der Tarifgemeinschaft erörtert. Schließlich sprach die Versammlung mit allen gegen 21 Stimmen ihre Verurteilung über das Zustandekommen der neuen Tarifvereinbarung aus. Doch gelangte auch die nachfolgende Resolution der Berliner Delegierten mit allen gegen 4 Stimmen zur Annahme. „Die Generalversammlung erkennt an, daß der Zentralvorstand beim Abschluß des letzten Tarifvertrages den Intentionen der Dresdener Generalversammlung entsprochen hat; sie erachtet aber eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder bei Abschluß von Tarif- und sonstigen wichtigen Verträgen für notwendig und stellt eine Beschlußfassung darüber der nächsten Generalversammlung zur Erwägung anheim. Diese Generalversammlung ist so zeitig einzuberufen, daß eine derartige Beschlußfassung rechtzeitig erfolgen kann.“ Über den Organisationsvertrag wurde in geschlossener Sitzung verhandelt. Bezüglich der inneren Organisationsfragen wurde einem zuweitgehenden Unterstützungsbesen vom Hauptvorstandsmittglied Eißler warnend entgegengetreten. Es verfiel bei den bisherigen Bestimmungen, nur die Reiseunterstützung ist um eine weitere Stala erhöht, so daß nach 75 Wochenbeiträgen 150 Mk. pro Tag Reisegeld, während der Dauer von 200 Tagen ausbezahlt wird. Die Neutralitätsdebatte in Verbindung mit der Stellungnahme zur Kerhäuserischen Antiklerikale über das gleiche Thema, zeitigte nach längere Debatte folgenden Beschluß: „Der Verband der Deutschen Buchdrucker hält auch fernerhin fest an seinem prinzipiellen Standpunkt der gewerkschaftlichen Neutralität, im gleichen Sinne an der Solidarität mit der allgemeinen Arbeiterkraft. Der Anschluß des Verbandes der Deutschen Buchdrucker an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird auch fernerhin für eine absolute Notwendigkeit erachtet.“ Der Sitz der Redaktion wurde von Leipzig nach Berlin verlegt und die Anstellung eines 3. Redakteurs beschlossen. Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre, doch wurde als 2. Vorsitzender Grafmann hinzugewählt. Köln erhielt von 133 abgegebenen Stimmen 110, Kerhäuser 106. Die Verhandlungen der hiesigen deutschen Gewerkschaft sind in der Arbeiterpresse ausführlich wiedergegeben. Uns will bedünken, als wenn auch nach der klärenden Aussprache eine Anzahl Unstimmigkeiten verblieben sind.

Rundschau.

Eine allgemeine Arbeitsordnung für die städtischen Betriebe haben die gemeindlichen Kollegien Münchens nach langem Haudern beschlossen. Darin ist bestimmt, daß die Arbeitszeit 9½ Stunden täglich zu betragen hat und durch eine 1½stündige Mittagspause sowie durch je eine halbstündige Vormittags- und Nachmittagspause zu unterbrechen ist. Für die erste Überstunde werden 25, für alle weiteren Überstunden und für Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Bei Einberufung Verheirateter zu militärischen Übungen wird die Differenz zwischen der gesetzlichen Unterstützung und dem Lohn von der Stadt bezahlt. Jeder Arbeiter erhält einen jährlichen Urlaub von 3 Tagen nach dreijähriger, von 4 Tagen nach sechsjähriger und von 6 Tagen nach zehnjähriger Dienstzeit. — Wir kommen ausführlich darauf zurück.

Ansiedelung von Walдарbeitern in Rominten. Die zunehmende Verschlechterung der Verhältnisse, die sich auch an vielen Stellen in den letzten wöchentlichen Jahr macht, fordert dringend ein tatkräftiges Eingreifen durch die preussische Grundbesitzer als bisher, und es sollen dafür 2 Mk. — Polzeilungsstelle Mittel bereit gestellt werden. — Die Arbeiter erhalten 12 Mk. monatlich ab und auf, es wurden 1000 Arbeiter in die Provinzen verteilt. Notwendige Kulturarbeiten unausgeführt bleiben oder an Unternehmer vergeben werden. Das hatte natürlich eine Vertreibung der Arbeiter zur Folge. Um nun einen schaffenden Stamm von Walдарbeitern zu sichern, ist die Ansiedelung von Arbeitern in noch größerem Umfange als bisher in Aussicht genommen. Die Arbeiter sollen mit Land ausgestattet und den Ansiedlern soll möglichst freie Kuhweide gewährt werden. — Wir sind der Meinung, daß höhere Löhne weit besser Abhilfe schaffen könnten.

Gehälter und Löhne bei den preussischen Staatsbahnen. In einer Denkschrift hat das Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, Macco, unter anderem auch die Gehalts- und Lohnverhältnisse bei den preussischen Staatsbahnen festgestellt. Das Bild, das sich daraus ergibt, ist folgendes:

	pro Jahr
5 Ministerialdirektoren	15 000 Mk.
22 Präsidenten des Zentralamts und der Direktionen	11 000
84 Vortragende Räte	7500—11 000 Mk.
1 Eisenbahndirektor	7200 Mk.
413 Mitglieder des Zentralamts und der Direktionen	4200
10 Eisenbahnbau- bzw. Maschinenbeamte	3600—5700 und 1000 Mk. Stellenzul.
115 Eisenbahnbau- und Betriebsinspektoren	3000—5700 Mk.
191 Regierungsbaumeister	2700—3600
21 technische Betriebskontrollenre	2100—4200
872 Eisenbahnsekretäre	1500—3000
106 Betriebssekretäre	1400—2200
411 Bureauassistenten	1400—1900
14 902 Lokomotivführer, Schiffsmaschinenisten	1000—1500
6 049 Zugführer und Steuermänner	900—1400
15 671 Heizer	800—1000
29 876 Weichensteller, Wagenwärter usw.	1041 Mk. im Jahresdurchschnitt
17 188 Bahnwärter, Nachtwärter usw.	1208
1 501 Arbeiter im inneren Dienst	772
60 186 Betriebsarbeiter	
61 625 Werkstättenarbeiter	
72 540 Bahnunterhaltungsarbeiter	

Tiefe Liste bedarf keinerlei Erläuterung!

Der beleidigte Hamburger Staatskassendirektor. Am 29. Juni soll vor dem Hamburger Landgericht, Strafkammer IV, verhandelt werden gegen den Hdl. Heinrich Schönborg, Geschäftsführer unserer Filiale Hamburg-Altona. Schönborg wird angeklagt, am 9. Juni 1907 zu Hamburg durch eine und dieselbe Handlung erstens den Kassendirektor Winter wiederholt beleidigt, zweitens in Beziehung auf ihn und seinen Beruf Tatsachen öffentlich behauptet zu haben, welche ihn verächtlich machen und in der öffentlichen Meinung herabwürdigend geeignet sind. Vergehen, strafbar nach §§ 186, 188, 200, 186, 73 des Strafgesetzbuches. Die Vorwürfe dieser Art bilden die Arbeitermahnregelungen am Staatslot in vorigen Jahre. Das Vergehen der Mairverwaltung wurde in Versammlungen und in der Presse besprochen, worauf der Genosse Emil Fischer in der Bürgerschaft an die bürgerlichen Mitglieder der Deputation für Handel und Schifffahrt die Anfrage stellte, ob die Deputation das Vergehen des Kassendirektors billige. Herr Eisse beantwortete die Frage und machte dabei in einigen wesentlichen Punkten Angaben, die in der Hauptsache mit den vorausgegangenen Tatsachen nicht übereinstimmten. Zu dem Ganzen wurde in einer am 9. Juni tagenden öffentlichen Staatskassendirektorenversammlung Stellung genommen. Das Referat erstattete Schönborg. Er unterzog die Maßnahmen der Mairverwaltung und ihrer Organe einer scharfen Kritik, wobei er insbesondere einzelne Praktiken des Kassendirektors verurteilte und dadurch diesen beleidigt bzw. Unwahr über ihn

